

Wider das Wiener Establishment

In Österreich könnte ein rechter Kandidat Präsident werden. Was treibt seine Wähler an: Globalisierungsangst oder die Wut auf Eliten?

itz. WIEN, 2. Dezember. Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten könnte am Sonntag auch in Österreich die Präsidentschaftswahl dadurch entschieden werden, dass die Wut der Wähler auf die Eliten und die traditionellen Regierungsparteien steigt. Einer noch unveröffentlichten Studie der Wiener Denkfabrik Agenda Austria zufolge schwindet in Österreich das Vertrauen in das sogenannte Establishment immer mehr. In Verbindung mit einer wachsenden negativen Einstellung zu Flüchtlingen und Einwanderern stärke diese Haltung die populistischen Kräfte.

Das könnte dem Kandidaten der Freiheitlichen Partei (FPÖ), Norbert Hofer, helfen. Der rechte Politiker tritt in der Stichwahl gegen den grünen Politiker Alexander Van der Bellen an. Die letzten Umfragen sehen beide gleichauf. Anders als oft berichtet, spiele die Angst vor Globalisierung und Digitalisierung für die Wähler kaum eine Rolle, sagt die Autorin der Untersuchung, die Ökonomin Monika Köppl-Turyna. „Weder objektiv messbare Wirtschaftsfaktoren wie Wachstum, Ungleichheit oder Arbeitslosigkeit erklären den Zulauf zu populistischen Parteien noch die subjektive Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung, etwa in Form von Abstiegsängsten.“

Die Erkenntnisse widersprechen einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung. Darin heißt es: „Diejenigen, die sich populistischen Parteien verbunden fühlen, werden in erster Linie von Globalisierungsängsten geleitet.“ Unter den neun untersuchten europäischen Ländern sei in Österreich der Anteil jener Befragten am höchsten, welche die Globalisierung als Bedrohung sahen (55 Prozent). Von den Wählern der FPÖ, welche die Autoren als „rechtsextrem“ bezeichnen, empfanden 69 Prozent so. 52 Prozent ihrer Anhänger seien wirtschaftlich verunsichert.

Die Beobachtungen der Agenda Austria decken sich zwar insofern mit jenen der Bertelsmann-Stiftung, als vor allem Personen mit begrenzter Ausbildung populistischen Parteien zuneigen. Nicht entscheidend seien aber die wirtschaftliche Lage und die negative Betroffenheit vom internationalen Wettbewerb. „Es gibt



Foto mit dem künftigen Staatspräsidenten? Norbert Hofer (Mitte), der Kandidat der FPÖ, im Wahlkampf

Foto dpa

keine Anzeichen dafür, dass es sich um ein „Rust Belt“-Phänomen handelt“, sagt Köppl-Turyna. Überraschenderweise zeichneten sich populistische Wähler eher durch stabile Löhne und unbefristete Arbeitsverhältnisse aus. Die Anhänger der FPÖ verfügten über mittlere Einkommen.

Die Stichwahl am Sonntag ist eine Wiederholung, weil das Verfassungsgericht den ersten Versuch im Mai – in dem Hofer knapp unterlegen war – aufgrund von Unregelmäßigkeiten in der Briefwahlprüfung für ungültig erklärt hatte. Eigentlich hätte die Wiederholung im Oktober stattfinden sollen, doch wurde der Termin verschoben, weil die Briefwahlumschläge diesmal nicht richtig klebten. Von der Regierungskoalition, gebildet aus der sozialdemokratischen Partei SPÖ und der konservativen Volkspartei ÖVP, hat es kein Bewerber in die Stichwahl geschafft.

Erstmals seit dem parteilosen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger in den siebziger und achtziger Jahren wird somit kein Mitglied der beiden großen Parteien ins höchste Staatsamt aufsteigen. Viele ihrer Anhänger und Politiker haben sich für Van der Bellen ausgesprochen, um Hofer zu verhindern. Indes gibt dieser Zuspruch

der FPÖ die Möglichkeit, Van der Bellen als Teil des rot-schwarzen Establishments zu bekämpfen, dem der linksgrüne Wirtschaftspräsident eigentlich nie angehören wollte. Hofer hält ihm vor, Teil der „Hautevolee“ zu sein.

Falls Van der Bellen gewinnt, wird er der zweite grüne Staatschef in der EU sein; in Lettland ist seit 2015 Raimonds Vējonis im Amt. Hofer wäre der erste mit einem rechten Parteibuch. Zwar ist in Polen seit 2015 Andrzej Duda Präsident, er trat damals aber aus der nationalkonservativen Partei PiS aus, um seine Überparteilichkeit zu unterstreichen.

Wirtschaftliche Fragen haben im österreichischen Wahlkampf vor allem in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit und der EU eine Rolle gespielt. Seit Österreich und die südöstlich gelegenen Staaten die Balkan-Route geschlossen haben, sei hingegen das Flüchtlingsthema etwas in den Hintergrund gerückt, sagt Peter Filzmaier, einer der bekanntesten österreichischen Parteiforscher. Darauf weisen auch die jüngsten Ergebnisse des „Eurobarometers“ hin, einer regelmäßigen Befragung der EU-Bürger im Auftrag der Europäischen Kommission.

„Wirtschaftliche Zukunft und Arbeitslosigkeit haben als Themen an Bedeutung gewonnen“, sagt Filzmaier. Die Erwerbslosenquote beträgt 8,6 Prozent, und sie steigt, während sie in der EU insgesamt sinkt. 400 000 Personen sind in Österreich stellenlos gemeldet, mehr als je zuvor. „Es gibt eine Stimmungslage der wirtschaftlichen Enttäuschung“, erklärt Filzmaier. „Eine steigende Zahl von Wählern meint, dass sowohl Österreich als auch sie persönlich in einer schlechteren Lage als vor einigen Jahren wären.“ Hofer mache sich dieses Gefühl doppelt zunutze, indem er es „gegen die da oben“ richte und zugleich gegen Migranten und Flüchtlinge.

Inhaltlich unterscheiden sich Van der Bellen und Hofer in wirtschaftlichen Fragen vor allem im Hinblick auf die EU. Der Grüne bekennt sich zu der politischen und ökonomischen Gemeinschaft, während sich der blaue Kandidat eine Beschränkung auf den Binnenmarkt vorstellen kann. Zwischenzeitlich brachte Hofer nach britischem Vorbild ein Referendum über einen „Oxit“ ins Spiel, den möglichen EU-Austritt. Dann aber sagte er, sein Land müsse unbedingt Mitglied bleiben. Hofer sucht die Nähe zu den Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, die er als „Korrektiv innerhalb der EU“ begreift. Demgegenüber warnt Van der Bellen vor den „nationalistischen Bestrebungen“ in Ostmitteleuropa.

Beide Kandidaten wollen die Westbalkan-Staaten in die EU aufnehmen. In der Freihandelsfrage ist es Van der Bellen, der einen Zickzackkurs fährt. Ursprünglich befürwortete er den Transatlantischen Vertrag TTIP. Doch seit die Stimmung in Österreich gekippt ist, lehnt er das Abkommen ebenso ab, wie es Hofer tut. Letzterer ist auch gegen den Ceta-Vertrag mit Kanada, während Van der Bellen die derzeit diskutierte Version mit Ergänzungen unterstützt.

Briten signalisieren weitere Brexit-Kompromisse

Regierung weicht Linie in der Einwanderungsfrage auf

theu. LONDON, 2. Dezember. Erst zwei Monate ist es her, dass die britische Premierministerin Theresa May der Wirtschaft des Landes eine Standpauke hielt: Es sei nicht akzeptabel, dass die Unternehmen auf der Insel massenweise „billige ausländische Arbeitskräfte“ statt heimischen Personals anheueren, sagte May auf dem Parteitag der Konservativen. Doch nun schlägt David Davis, der für den EU-Austritt Großbritanniens zuständige Minister, ganz andere Töne an. Nach dem Brexit wolle die Regierung in London zwar „die Personenfreizügigkeit, so wie sie bisher gehandhabt wurde, beenden“, sagte Davis in einer Rede vor Wirtschaftsvertretern in Wales. Aber er fügte hinzu: „Wir werden das nicht in einer Art und Weise machen, die nationalen und wirtschaftlichen Interessen zuwider läuft.“ Großbritannien müsse trotz Brexits im globalen Wettbewerb um gute Arbeitskräfte zu den Gewinnern zählen. „Niemand will Personalengpässe in Schlüsselbereichen“, versicherte der Brexit-Minister.

Die Briten senden damit vor den bevorstehenden schwierigen Verhandlungen mit Brüssel über den EU-Austritt weitere Signale der Kompromissbereitschaft. Erst kurz zuvor hatte Davis im Parlament in London erstmals eingeräumt, dass die Briten nach dem Brexit weiter finanzielle Beiträge zum EU-Haushalt leisten könnten, wenn das Land im Gegenzug einen möglichst freien Zugang zum EU-Binnenmarkt zugesichert bekomme.

Kollegen geben Davis Rückendeckung: Es sei richtig, mögliche EU-Beiträge in Betracht zu ziehen, sagte Finanzminister Philip Hammond. Der für die Kommunen zuständige Minister Sajid Javid sagte, es dürfe für die Baubranche schwieriger werden, Arbeitskräfte anzuheuern. Dass Javid explizit die Bau-

branche erwähnt, ist insofern interessant, als diese zu den Wirtschaftszweigen in Großbritannien gehört, die mit am stärksten von Arbeitern aus Ost- und Südeuropa abhängig sind.

Die Wortmeldungen sind die bislang deutlichsten Signale, dass die Regierung die Bedeutung von Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten für die britische Wirtschaft anerkennt. Die neue Tonlage könnte ein Anzeichen für ein Umdenken sein: Die Regierung in London strebt möglicherweise einen „weichen“ Brexit an als noch vor kurzem. Vor allem die Wirtschaft fordert im Interesse des britischen Wohlstands Kompromisse. Die Einwanderungsfrage und der Binnenmarktzugang sind die beiden schwierigsten Themen in den bevorstehenden Austrittsverhandlungen zwischen London und Brüssel. Sie hängen eng zusammen, denn die Briten wollen zwar einen möglichst guten Zugang zum Binnenmarkt bewahren. Andererseits wollen sie die in den vergangenen Jahren stark gestiegene Zuwanderung aus anderen EU-Staaten beschränken. Die Personenfreizügigkeit zählt jedoch zu den Grundregeln des Binnenmarkts. Andere europäische Regierungen setzen darauf, dass es für Großbritannien keine Ausnahmeregelung geben soll.

In dieser Woche haben 75 der größten Lebensmittelhersteller und -händler auf der Insel in einem offenen Brief an die Regierungschefin May darauf hingewiesen, wie wichtig Personal aus anderen EU-Staaten für sie sei. Der britische Bauernverband berichtet von einem Personalnotstand: Trotz Rekordzahlen bei der Einwanderung bestehe die Gefahr, dass im kommenden Jahr Früchte und Gemüse auf britischen Feldern verrotten, weil es zu wenige ausländische Erntehelfer gebe, sagte Minette Batters, die stellvertretende Präsidentin des Bauernverbands.

Gericht prüft Höhe der Kinderfreibeträge

HANNOVER, 2. Dezember (dpa). Das Bundesverfassungsgericht soll die Höhe der Kinderfreibeträge für Steuerzahler überprüfen. Das hat am Freitag das niedersächsische Finanzgericht in Hannover entschieden. Das Gericht hält die Höhe und die Berechnung der Kinderfreibeträge durch die Bundesregierung für verfassungswidrig. Es machte sich damit die Auffassung der Steuerberaterin Reina Becker zu eigen, die die Klage eingereicht hatte. Die verwitwete Mutter von zwei Töchtern hatte gegen einen aus ihrer Sicht zu niedrigen Kinderfreibetrag im Jahr 2014 geklagt. Ihr seien dadurch mehrere hundert Euro an Steuervergünstigungen entgangen. Das Finanzgericht stimmte ihr zu: Die Bundesregierung sei ihren eigenen Ankündigungen nicht nachgekommen und habe den Kinderfreibetrag 2014 zu niedrig angesetzt.

Arbeitslosigkeit in Amerika gesunken

wvp. WASHINGTON, 2. Dezember. Amerikas Arbeitslosenquote ist im November mit 4,6 Prozent auf das niedrigste Niveau seit neun Jahren gefallen. Im Vormonat lag sie noch bei 4,9 Prozent. Der große Sprung ist nicht nur auf knapp 180 000 zusätzlich besetzte Stellen im November zurückzuführen, sondern auch darauf, dass in dem Monat 400 000 Menschen aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind. Die meisten Stellen entstanden im Dienstleistungssektor. Die Zahlen bestätigen den schon im Beige Book der amerikanischen Notenbank Fed identifizierten Trend, dass sich der Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten verengt. Diese Entwicklung liefert der Fed gute Argumente, in der letzten geldpolitischen Sitzung dieses Jahres am 13. und 14. Dezember eine Leitzinserhöhung zu beschließen.

Leichter Reisen ohne Knittern

Diese minimalistische, leichte Anzugtasche (nur ca. 500 g) verblüfft mit zahlreichen Details. Wir erklären Ihnen, was der SkyHanger® von DEGELER bietet:

Glatt reinlegen, glatt rausnehmen – dank des Bügels DT1 (100% Titan – Made in Germany) mit breiter Schulter, einzigartiger und zuverlässiger Rock- und Hosensbefestigung (nur ca. 200 g leicht).

Vordertaschen rechts und links zum schnellen Erreichen von z. B. Clearbag und anderen Accessoires. In der verschließbaren Tasche noch eine extra Innentasche mit Reißverschluss zur extrasicheren Aufbewahrung von Reisedokumenten oder Schmuck.



Zwei Innentaschen für Unterwäsche, Strümpfe & Accessoires.

ANZUG- UND REISETASCHE IN EINEM: SKYHANGER®

DEGELER hat die Anzugtasche neu erfunden. Extrem leichtes, strapazierfähiges und wasserabweisendes Nylongewebe, hochklassig verarbeitet. Erhältlich in mehreren Farben & Variationen. Lassen Sie sich in unserem Web-Video vorführen, wie praktisch der SkyHanger® ist!



© creativepublic 2016 / Fotos: Ralf Hoppe



Auf der Rückseite: XL-Tasche z.B. für A4-Folder und/oder Laptop bis 15 Zoll, von außen zu öffnen

Clear Bag (DL62) für Kosmetika (flexibler Klarsichtbehälter gemäß Kontrollvorschriften).



Innen: Sehr große Tasche für Hemden und Blusen (50 x 40 cm) – oder für ein Paar Halbschuhe.



Schauen Sie unser Video „Packing the SkyHanger®“ bei YouTube an.

Jetzt exklusiven Preisvorteil für FAZ Leser von **10%** und gratis Clearbag sichern: www.skyhanger.de | Promotion Code: FAZ

WWW.SKYHANGER.DE

DEGELER®

Mehr Freiheit, mehr Fairness im Apotheken-Markt

Von Christian Lindner

Ordnungspolitik braucht starke Nerven. In einem Interview mit der F.A.Z. habe ich mich gegen ein Verbot des Versandhandels mit Arzneimitteln ausgesprochen. Und für faire Bedingungen, damit sich stationäre Apotheken im Wettbewerb besser behaupten können. Es war ein Thema am Rande. Aber aus diesen wenigen Sätzen wurde eine energiegeladene Kampagne der Lobby. Mein Bild des respektvollen und sachlichen Apothekers haben einige neue Briefe Freunde zu relativieren versucht. Wer diese Debatte verfolgt, wird zukünftig über den Vorwurf lachen, die FDP sei eine Klientelpartei. Ich unterstreiche daher: Eine liberale Partei kann sich nicht für Einzelinteressen einsetzen, sondern nur für fairen Wettbewerb, damit am Ende die Kunden entscheiden. Was heißt das im konkreten Fall?

Apotheken mussten sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer wieder veränderten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen stellen. Das ist nicht immer leicht, zumal Pharmazeuten nicht vorrangig Kaufleute und Marketingexperten sind, sondern in erster Linie Angehörige eines Heilberufs, die uns als Patienten unabhängig und nicht zum eigenen Vorteil über „Risiken und Nebenwirkungen“ aufklären.

In Zeiten der Globalisierung, Digitalisierung und des demographischen Wandels hat sich viel verändert. Technische Innovationen und die Bedürfnisse von Kunden und Patienten werden die Transformation vieler Geschäftsmodelle und Branchen weiter vorantreiben. Mehr als ein Drittel der Deutschen bevorzugt heute den Ein-

kauf von Medikamenten im Internet. Die Menschen haben ganz unterschiedliche Gründe dafür – die einen meiden grundsätzlich den stationären Handel und ordern auch im Alltag weitgehend alles online und mobil. Andere sind chronisch krank und schätzen die Online-Bestellung, mit der sie sich autonom mit den benötigten Medikamenten versorgen können. Dabei ist Beratung auch online oder per Telefon möglich und wird zunehmend in Anspruch genommen.

Aus heutiger Sicht muss man sagen: Die Zulassung des Versandhandels war ein richtiger Schritt. Wir sollten daran festhalten. Diskussionen über ein Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln gehen an der gesellschaftlichen Realität und den Wünschen der Menschen vorbei. Und auch wenn eine ältere Rechtsprechung ein Verbot als zulässig angesehen hatte, so sieht die juristische Beurteilung wahrscheinlich anders aus, wenn ein bisher schon erlaubter Versandhandel wieder eingeschränkt werden sollte. Der Wandel ist nicht aufzuhalten – und wir sollten es gar nicht versuchen.

Was fehlt, ist ein fairer Rahmen – gerade dann, wenn der Wettbewerb stürmischer wird. Während sich große Versandapotheken mit günstigen Preisen am Markt positionieren können, sind die Entwicklungsmöglichkeiten stationärer Apotheken erheblich beschränkt. Die Apotheke vor Ort ist einem regulatorischen Rahmen unterworfen, der viel Geld kostet und größtenteils Versandapotheken nicht abverlangt wird. Das muss sich ändern.

Mit einem fairen Wettbewerbsrahmen müssen die Apotheken vor Ort zukunfts-trächtige Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Es kann nicht sein, dass im Zuge der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes ausländische Versandhändler die Apotheken in Deutschland ausbooten können, weil letztere einerseits vom Preiswettbewerb rechtlich ausgeschlossen sind, andererseits aber auch der Marktmarkt ausländischer Versandapotheken nichts

entgegenzusetzen können. Das Bundesgesundheitsministerium sollte Wege prüfen, etwa über die bestehenden Rahmenverträge mit den Krankenkassen, einen aggressiven Preiswettbewerb der ausländischen Anbieter einzuschränken. Immerhin haben diese das Rabattverbot im Arzneimittelgesetz freiwillig akzeptiert und wollen im System der gesetzlichen Krankenversicherung abrechnen.

Apotheken sollte zudem ermöglicht werden, als Shop im Shop in Einzelhandelsgeschäften Präsenz zu zeigen. Außerdem sollten sie ihr Sortiment um nicht gesundheits-spezifische Produkte erweitern dürfen, wenn gewünscht. Diese Vorschläge hat die Monopolkommission der Bundesregierung schon vor Jahren unterbreitet. Diese Liberalisierung ist überfällig. Möglich ist zudem, dass Apotheker vor Ort für die persönliche Ausgabe von Medikamenten und für spezifische pharmazeutischer Beratung und Dienstleistung eine zusätzliche Prämie durch die Kassen erhalten. Not- und Nachtdienste müssten besser honoriert und die Sicherstellung des Angebotes in dünn besiedelten Räumen finanziert werden.

Wir wissen: Viele wollen an den bestehenden Regeln festhalten oder gar den Wettbewerb wieder beschränken. Ja, wirtschaftliche Interessen der Etablierten muss man ernst nehmen. Genauso gibt es aber Menschen, die sich als Patienten und Kunden von einer Öffnung des Marktes und einer Weiterentwicklung (digitaler) Angebote gute Beratung, komfortablere Logistik und günstige Preise versprechen. Wir sollten die Interessen beider Seiten berücksichtigen – und Rahmenbedingungen schaffen, in denen ein differenziertes Angebot möglich ist. Denn eines habe ich aus der Korrespondenz mit vielen Apothekern gelernt: Es gibt auch in ihren Reihen wesentlich mehr Bereitschaft zur Veränderung, als es mancher Interessensvertreter glaubt.

Christian Lindner ist Bundesvorsitzender der FDP und Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Das erwähnte F.A.Z.-Interview ist am 19. November erschienen.